



# **Anträge**

**Außerordentlicher Landesparteitag  
am 7. Mai 2011 in Stuttgart**

## Außerordentlicher Landesparteitag am 7. Mai 2011 in Stuttgart

### Antragsliste

Nr.	Antragsteller	Thema
1	Landesvorstand	Die Oppositionsrolle kraftvoll annehmen
2	Katinka Marx und weitere Delegierte	Einsetzung einer Strukturkommission
3	Birgit Homburger, Junge Liberale und weitere Delegierte	Gute Opposition braucht noch vernetztere Strukturen
4	Liberale Frauen, Birgit Homburger, Junge Liberale	Mehr Mitgliederbeteiligungsmöglichkeiten
5	Junge Liberale	Kommunal- und Landtagswahlrecht ab 16 jetzt!
6	Junge Liberale	Volksentscheide endlich auch auf Bundesebene
7	Junge Liberale	Mitgliederbefragung zur Kernkraftdebatte
8	Kreisverband Böblingen	Neue Führungsstruktur der FDP Baden-Württemberg
9	Kreisverband Böblingen	Akzeptanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks verbessern, GEZ effizient und nutzernah ausgestalten!

# AUßERORDENTLICHER LANDESPARTEITAG AM 7. MAI 2011 IN STUTTGART

Antrag Nr. 1

**Betr.: Die Oppositionsrolle kraftvoll annehmen**

**Antragsteller:** Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen...

Die FDP/DVP Baden-Württemberg hat die Wahl am 27. März 2011 verloren. Das ist angesichts der sehr guten Regierungsbilanz der FDP nach 15 Jahren in Baden-Württemberg ein extrem enttäuschendes Ergebnis. Eine erste Analyse des Wahlergebnisses ist erfolgt. Es ist allerdings wichtig, das Ergebnis in den Gremien noch tiefergehend zu analysieren, um daraus Lehren für die Zukunft zu ziehen. Die letzten beiden Wochen vor der Landtagswahl waren geprägt von der Reaktorkatastrophe in Japan, landespolitische Themen waren nicht mehr zu transportieren. Dennoch liegen die Ursachen tiefer. Nach der Bundestagswahl hat die FDP viel Glaubwürdigkeit verloren. Auch wenn wir zwei Wochen vor der Wahl in Umfragen noch bei 7 bis 8 % lagen, sind wir bereits von niedrigen Umfragewerten gestartet. Die Werte im Land haben viel mit der Situation auf Bundesebene zu tun.

Aber auch das allein kann nicht der Grund für das schlechte Abschneiden im Land gewesen sein. Ein weiterer Grund liegt sicher auch darin, dass wir nicht klar genug machen konnten, warum die FDP in der Landesregierung gebraucht wird. Durch die Fehler und Schwäche des bisherigen Ministerpräsidenten Mappus ist eine Wechselstimmung aufgekommen. Der FDP ist es nicht ausreichend gelungen, auch wegen mangelnder Abgrenzung zur CDU, diese Stimmung aufzufangen. Bei Stuttgart 21 konnten wir unsere klare Haltung für das Projekt öffentlich nicht genug deutlich machen.

Wir werden jetzt die uns von den Wählerinnen und Wählern zugedachte Rolle der Opposition kraftvoll annehmen und alles daran setzen, als eigenständige Kraft der Freiheit wieder mehr Menschen in Baden-Württemberg für unser liberales Lebensgefühl zu begeistern. Dazu gehört, die FDP/DVP Baden-Württemberg inhaltlich wieder attraktiver für die Bürgerinnen und Bürger im Südwesten zu machen und sich als klare Alternative zum staatsgläubigen Kurs von Grün-Rot und der CDU zu profilieren. Dazu gehört aber auch, die Grün-Rote Landesregierung auf allen Feldern der Politik an ihren Wahlversprechen zu messen und sie inhaltlich Tag für Tag zu hinterfragen. Wir verstehen uns daher als konstruktive Opposition. Wo die Regierung Positionen aufgreift, die die FDP vertritt, kann sie mit der Unterstützung der FDP rechnen. Beispielsweise setzt sich die FDP beim Quorum für einen landesweiten Volksentscheid für eine Absenkung auf 20% ein.

Wir haben einen klaren Wertekompass, der in die richtige Richtung weist. Wir müssen Themen nicht neu erfinden, wir müssen sie nur konsequent an unserem Grundkompass ausrichten, der Freiheit. Freiheit und Verantwortung, Bürgerrechte und faire Bildungschancen, soziale Marktwirtschaft und ökologische Modernisierung. Unsere Themen werden wir nicht über Bord werfen, aber an der einen oder anderen Stelle müssen wir nachsteuern. Es gilt jetzt Kernkompetenzen zu stärken und die inhaltliche Wahrnehmung zu verbreitern. Unser Grundsatzprogramm und unser Wahlprogramm sind unsere Richtschnur für unsere Oppositionsarbeit. Die FDP/DVP Baden-Württemberg wird eine kritische, aber konstruktive Oppositionspolitik machen.

angenommen     abgelehnt     zurückgezogen     erledigt durch

3

.....  
 .....

überwiesen an: .....

Abstimmung:    ja            nein            Enthaltung            ungültig

# AUßERORDENTLICHER LANDESPARTEITAG AM 7. MAI 2011 IN STUTT GART

1  
2 Am 27. April hat Grün-Rot Ihren Koalitionsvertrag für Baden-Württemberg vorgelegt. Es ist ein  
3 Dokument der Mutlosigkeit und Bevormundung.

## 4 5 6 Soziale Marktwirtschaft, Innovation und Finanzverantwortung

- 7  
8 - Die FDP steht weiter für eine konsequente Mittelstandsorientierung der  
9 Wirtschaftspolitik. Baden-Württemberg ist Innovationsland Nr.1 und muss das auch in  
10 Zukunft bleiben. Dafür brauchen wir klare, verlässliche politische Rahmenbedingungen  
11 und keine Bevormundung der Wirtschaft durch die Politik.  
12 - Wir stehen für eine solide Finanzpolitik. Spätestens 2012 würden wir zur  
13 Nettounverschuldung zurückkehren und sofort die Schuldenbremse in die Verfassung  
14 schreiben.  
15 - Wir stehen weiter klar zu einer Neuregelung des Länderfinanzausgleiches. Wir wollen  
16 Fairness für die Menschen in Baden-Württemberg und fordern die Regierung auf, dies auf  
17 dem Klageweg zu erreichen.  
18 - Wir haben bei unserem Eintritt in die Regierung ein Ministerium abgeschafft und diese  
19 Verschonung auch die weiteren Legislaturperioden verteidigt.

### 20 21 Grün-Rot geht einen anderen Weg:

- 22 - Aufblähung der Regierung durch ein zusätzliches Ministerium.  
23 - gleichzeitig schrumpft die Bedeutung der Wirtschafts- und Innovationspolitik durch  
24 Auflösung des eigenständigen Wirtschaftsministeriums.  
25 - eine mutlose Konsolidierungsankündigung bis 2020, da Grün-Rot eine massive  
26 Ausgabensteigerung plant.  
27 - unnötige Steuererhöhungen, etwa der Grunderwerbssteuer und der Gewerbesteuer.

### 28 29 30 **Mehr Bürgerrechte**

- 31  
32 - Die FDP steht für eine Kultur des Machens und gegen die Verbotskultur der Grünen,  
33 Roten und Schwarzen. Bürgerinnen und Bürger wollen nicht gegängelt werden und durch  
34 zu viel Bürokratie gebremst werden. Zu viele Verbote und Vorgaben schaffen Bürokratie  
35 und eine Mentalität der Abgabe von Verantwortung an Dritte oder den Staat. Dies  
36 entspricht nicht unserem Bild vom mündigen Bürger.  
37 - Die FDP bekennt sich zu Ihrer Tradition als Graswurzeldemokraten. Wir werden in Zukunft  
38 verstärkt versuchen, diese Art der direkteren Demokratie zu praktizieren und  
39 Entscheidungen so nah wie möglich am Bürger zu treffen. Wir wollen die weitere Stärkung  
40 von Bürgerinitiativen und die Absenkung der Hürden für Volks- und Bürgerentscheide,  
41 eine stärkere Transparenz behördlicher Entscheidungen und die bessere Beteiligung in  
42 Planverfahren. Die vorgesehene Direktwahl der Landräte begrüßen wir ausdrücklich.  
43 - Wir wollen die Stärkung der individuellen Freiheits- und Persönlichkeitsrechte  
44 sicherstellen, z.B. beim Schutz von Arbeitnehmer- oder Verbraucherdaten, bei der  
45 Ausübung demokratischer Rechte bei Versammlungen wie zum Schutz der Presse.  
46 - Wir wollen eine effektive, gut ausgestattete Polizei und Justiz erhalten.

angenommen     abgelehnt     zurückgezogen     erledigt durch

4

.....

überwiesen an: .....

Abstimmung:    ja            nein            Enthaltung            ungültig

# AUßERORDENTLICHER LANDESPARTEITAG AM 7. MAI 2011 IN STUTT GART

## Grün-rot geht einen anderen Weg:

- Der Koalitionsvertrag atmet in vielen Bereichen den Geist der Gängelung. Eine Einschränkung von Freiheitsrechten unter dem Deckmantel der Energiepolitik oder anderer Bereiche ist nicht hinnehmbar.
- Die Koalition will die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung.
- Grün-Rot will die kommunale Selbständigkeit im Planungsrecht unter dem Vorwand der Ökologie stark beschneiden.

## **Faire Bildungschancen**

- Wir wollen die Bildungsvielfalt im Land erhalten. Deshalb lehnen wir eine wie auch immer geartete Einheitsschule ab.
- Wir setzen uns für den Fortbestand dieser Bildungsvielfalt ein und wenden uns entschieden gegen Versuche einer Gleichmacherei aus ideologischen Gründen. Nur ein vielfältiges und differenziertes Schulwesen kann jeden jungen Menschen seinen Begabungen und Neigungen entsprechend fördern.
- Wir setzen uns weiter für innovative Schulmodelle auf regionaler Ebene ein. Diese müssen aber innerhalb verbindlicher Bildungsrahmenbedingungen ausgestaltet werden. Wir wollen die Schule im Ort lassen.
- Wir wollen die besten Studienbedingungen für Studierende. Zur Finanzierung dieser Ausstattung wollen wir nachlaufende Studiengebühren, bei denen erst nach dem Studium bei Überschreiten gewisser Einkommensgrenzen gezahlt werden muß. Dies sorgt für eine faire Beteiligung von Absolventen an der Finanzierung ihres Studiums.

## Grün-Rot geht einen anderen Weg:

- Mit Gängelung und Zwang wird die Einheitsschule betrieben. Die neue Regierung befürchtet, ihr Schulmodell wie in Hamburg nicht durchsetzen zu können. Um trotzdem die Umsetzung zu ermöglichen, wollen sie sämtliche Rahmenbedingungen für Schulen abschaffen. Dies führt zu schlechterer individueller Förderung der Schüler und zu einer Zersplitterung der Schullandschaft, die einen Umzug mit schulpflichtigen Kindern zukünftig selbst im eigenen Bundesland fast unmöglich macht.
- Eltern, Schüler und Schulträger verlassen sich auf die beschlossene Einführung der Werkrealschule. Die Kehrtwende der Regierung zur Abschaffung der Werkrealschule lehnen wir ab.
- Die Koalition will die Abschaffung der Studiengebühren. Die Einnahmeausfälle der Hochschulen sollen über eine Steuererhöhung kompensiert werden. Dies macht Studierende wieder zu Bittstellern der Hochschulverwaltung, und beseitigt ihren eigenen Anspruch auf bessere Studienbedingungen.

## **Gesellschaftspolitik und ländlicher Raum**

- Die FDP steht für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und steht zur Verbesserung der frühkindlichen Bildung und – Betreuung.
- Wir brauchen eine weitere Stärkung des ländlichen Raums, damit die Attraktivität für Betriebe und Familien erhalten bleibt. Erhalt des differenzierten Schulsystems, gute

angenommen     abgelehnt     zurückgezogen     erledigt durch

5

.....

überwiesen an: .....

Abstimmung:    ja            nein            Enthaltung            ungültig

# AUßERORDENTLICHER LANDESPARTEITAG AM 7. MAI 2011 IN STUTT GART

1 Betreuungsmöglichkeiten sowohl für Kinder als auch für Pflegebedürftige und ausgebaute  
2 Verkehrswege sowie eine schnelle Datenautobahn auch für den ländlichen Raum sind  
3 unabdingbar.

- 4 - Wir wollen eine am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt ausgerichtete Integrationspolitik.
- 5 - Wir treten für die Stärkung der Freien Berufe, auch im Gesundheitswesen ein. Das Prinzip  
6 der niedergelassenen Ärzte hat sich bewährt.

## 9 Grün-Rot geht einen anderen Weg:

- 10 - Die Einheitsschule wird dafür sorgen, dass im ländlichen Raum die Schulen aus der  
11 Fläche verschwinden werden.
- 12 - Den Ausbau der Verkehrswege hat die Koalition explizit zurückgestellt. Der  
13 Koalitionsvertrag ist auch hier ein reines Großstadt-Programm.
- 14 - Grün-Rot will staatlich verordnete Gesundheitshäuser. Damit wird die freie Arztwahl für  
15 Patienten eingeschränkt.

## 18 **Infrastruktur und ökologische Modernisierung**

- 20 - Wir werden an Stuttgart 21 und dem menschen- und umweltgerechten Ausbau der  
21 Rheintalbahn (Baden21) uneingeschränkt festhalten. Die Verbesserungen der Planungen  
22 aus der Schlichtung sollen bei Stuttgart 21 umgesetzt werden.
- 23 - Wir setzen uns für einen massiven Ausbau der Breitbandversorgung ein.
- 24 - Die erste Umweltbewegung in Deutschland war eine liberale. Wir haben uns die  
25 Versöhnung von Ökologie und Ökonomie auf die Fahnen geschrieben und werden dies  
26 auch in Zukunft weiter betonen.
- 27 - Wir betreiben nach den Ereignissen in Japan einen schnellen, aber nicht hysterischen  
28 Umbau der Energieversorgung hin zu mehr erneuerbaren Energien, u.a. mit einem  
29 Landesenergiekonzept, das die bestehenden technischen Probleme löst (z.B.  
30 Speichertechnologie) und den Industriestandort Baden-Württemberg nicht gefährdet.  
31 Nirgends wird aufgrund hoher Standards und Auflagen die Natur schon jetzt besser  
32 geschützt als bei uns.
- 33 - Die FDP fordert eine Offenlegung der Kosten der Energiewende.  
34 Stromkostensteigerungen, die die Verbraucher über Gebühr belasten und Baden-  
35 Württemberg als Industrie- und Produktionsstandort schwächen, sind zu verhindern.  
36 Sonst besteht die Gefahr, dass Unternehmen abwandern und mit ihnen die Arbeitsplätze.  
37 Wandern mit der Wirtschaft Arbeitsplätze ab, wird die Energiewende nicht gelingen.
- 38 - Wir wollen eine Beschleunigung von Planung und Bau von Leitungsnetzen und  
39 Speichertechnologie, um erneuerbare Energien ins Netz und zum Verbraucher zu bringen.
- 40 - Statt pauschaler Tempolimits sollten bestehende Verkehrsleitsysteme ausgebaut werden.  
41 So kann mit weniger Einfluss auf die individuellen Freiheitsrechte mehr Sicherheit und  
42 Umweltschutz gewährleistet werden.

## 44 Grün-Rot geht einen anderen Weg:

- 45 - Die neue Landesregierung will Straßen-Neubauten nur noch in begründeten Einzelfällen  
46 zulassen. Dadurch werden neue Umgehungsstraßen, die eine Lärm- und  
47 Feinstaubentlastung für die Bürgerinnen und Bürger bringen, verhindert.
- 48 - Grün-Rot will pauschale Tempolimits.
- 49 - Die Koalition rückt von Zusagen ab, die die alte Landesregierung gegenüber den

angenommen     abgelehnt     zurückgezogen     erledigt durch

.....

überwiesen an: .....

Abstimmung:    ja            nein            Enthaltung            ungültig

# AUßERORDENTLICHER LANDESPARTEITAG AM 7. MAI 2011 IN STUTTGART

1 Bürgerinnen und Bürgern beim Lärmschutz geleistet hat. Die breite Zustimmung der  
2 betroffenen Bürgerinnen und Bürger bei Baden 21 basiert auch auf den versprochenen  
3 zusätzlichen Lärmschutz aus Landesmitteln.  
4

- 5  
6 - Grün-Rot setzt auf den planlosen Ausbau von gesetzlich geförderten Windenergieanlagen,  
7 die aufgrund der Netzinfrastruktur und mangelnder Speicher in Baden-Württemberg  
8 derzeit nicht genutzt werden können. Zunächst sollten wir die Schwachstellen des  
9 jetzigen Energiesystems, d.h. Speichertechnologie und Netze, engagiert angehen.  
10

## 11 **Packen wir ´s an**

12 Wir werden Grün-Rot an ihren Versprechungen messen und sinnvolle und bezahlbare Vorschläge  
13 entgegensetzen. Der vom grün-roten Koalitionsvertrag angekündigte Wechsel besteht aus einem  
14 Wunschkonzert zu Lasten zukünftiger Generationen.  
15  
16

17  
18 Der Koalitionsvertrag verliert die Arbeitsplätze im Land aus den Augen und kostet vor allem viel  
19 Geld. Er ist insofern eine konsequente Weiterführung der beiden Wahlprogramme. Dafür werden  
20 die angekündigten Steuererhöhungen nicht ausreichend Mittel bringen. Die  
21 Haushaltskonsolidierung und das Erreichen der Nullverschuldung wird auf den Sankt  
22 Nimmerleinstag verschoben. Mit dem grün-roten Koalitionsvertrag gerät die Spitzenstellung  
23 Baden-Württembergs in Bildung, Wissenschaft, Wirtschaft und Innovation in Gefahr.  
24

25 Die FDP wird der Anwalt derer sein, die gute Politik nicht als Vermehrung der Ausgaben, sondern  
26 als Vermehrung der Chancen und Freiräume der Bürger begreift. Wir werden kraftvolle Opposition  
27 sein, keine Dagegen-Partei, wie wir das in der Regierung von der damaligen Opposition erlebt  
28 haben

angenommen     abgelehnt     zurückgezogen     erledigt durch

7

.....

überwiesen an: .....

Abstimmung:    ja            nein            Enthaltung            ungültig

# AUßERORDENTLICHER LANDESPARTEITAG AM 7. MAI 2011 IN STUTT GART

Antrag Nr. 2

**Betr.: Einsetzung einer Strukturkommission**

**Antragsteller: Katinka Marx und vier weitere Delegierte**

Der Landesparteitag möge beschließen...

Nach § 24 der Landessatzung wird eine Struktur-Kommission eingesetzt. Diese soll bis zum nächsten ordentlichen Landesparteitag im Januar 2012 eine Beratungsvorlage u.a. zu folgenden Punkten erarbeiten:

- 1.) Probemitgliedschaft & Aktive Mitarbeit
- 2.) Neugliederung der Bezirksverbände
- 3.) Neugliederung der Landesfachausschüsse
- ...

**Begründung:**

Idee zu 1.) Die Mitgliedschaft in einer Partei ist mit unterschiedlichsten Motiven verbunden. Nichtsdestotrotz lassen sich immer weniger Bürger für eine verbindliche Mitgliedschaft und erste Mitarbeit gewinnen. Eine zeitlich begrenzte Probemitgliedschaft könnte helfen, diese Hemmschwelle abzubauen.

Nicht-Mitgliedern, aber auch Mitgliedern anderer Parteien könnte eine aktive thematische Mitarbeit z.B. in den Fachausschüssen mit einer Satzungsänderung ermöglicht werden.

Idee zu 2.): Weniger Bezirksvorsitzende könnten in der Satzung so verankert werden, dass sie dem Präsidium mit Stimmrecht angehören. Das Präsidium würde personell minimal vergrößert und Entscheidungsprozesse könnten nachvollziehbarer werden.

Idee zu 3.): Vorsitzende der Landesfachausschüsse sollten in die zeitlichen und inhaltlichen Prozesse stärker eingebunden werden und auch außerhalb von Parteitag die Möglichkeit erhalten, inhaltliche Schwerpunkte zu setzen. In diesem Fall z.B. durch ständige Zuladung zu den Landesvorstandssitzungen.

angenommen     abgelehnt     zurückgezogen     erledigt durch .....

überwiesen an: .....

Abstimmung:    ja            nein            Enthaltung            ungültig

# AUßERORDENTLICHER LANDESPARTEITAG AM 7. MAI 2011 IN STUTTGART

Antrag Nr. 3

**Betr.:** Gute Opposition braucht noch vernetztere Strukturen

**Antragsteller:** Birgit Homburger MdB, Junge Liberale, Dr. Kurt Sütterlin, Claudia Felden, Hartfrid Wolff MdB, Charlotta Eskilsson, Gabriele Heise, Patrick Meinhardt MdB, Gabriele Carmen Zoller, Richard Drautz, Armin Serwani, Florian Bauer, Michael Gelb, Jan-Frederik Adriaenssens, Eckhard Behrens

Der Landesparteitag möge beschließen...

Nach der Landtagswahl sind die Ressourcen für die FDP/DVP Baden-Württemberg knapper geworden. Wir haben nun weniger Landtagsabgeordnete, keine Minister und Staatssekretäre mehr, die für die FDP nach außen wirken können. Es gilt also, die Kräfte in der Partei noch besser zu bündeln und die Parteistruktur weiter zu stärken, damit wir auch mit strukturellen Verbesserungen aus der Krise herauskommen. Ziel dieses Prozesses ist es, die FDP/DVP Baden-Württemberg nicht nur wegen der Inhalte, sondern auch wegen der politischen Mitwirkungsmöglichkeiten zur „attraktivsten“ Partei in Baden-Württemberg bis zur Landtagswahl 2016 zu machen.

Der Landesvorstand setzt eine mitgliederoffene Kommission ein, die sich mit dem Thema „Organisation der Oppositionsarbeit“ befasst und bis Dreikönig 2012 Vorschläge macht. Folgende Überlegungen könnten hier aufgegriffen werden:

- Verbesserung der Kampagnenfähigkeit der Partei
- stärkeres Einbeziehen der Partei vor Ort, aber auch der Bürgerinnen und Bürger, in die Entscheidungsprozesse auf Landesebene, z. B.
  - durch Regionalkonferenzen zu bestimmten Themen,
  - ein Mitglieder- und Bürgerportal im Internet,
  - Verkürzung von Antragsfristen für Landesparteitage und Absenkung von Quoren,
  - Landesprogrammatische Wochenenden ähnlich denen der Jungen Liberalen
  - Verbesserung und Verbreiterung der Informations- bzw. Kommunikationskanäle
  - die Öffnung des Mitgliedermagazins für Berichte aus den Kreis- und Bezirksverbänden, von Veranstaltungen des Landesverbands und für (kontroverse) Diskussionsbeiträge der Mitglieder
- Erstellung eines Personalentwicklungskonzeptes (u.a. kommunale Wahlbeamte)
- Erstellung einer Neumitgliederbroschüre (Was ist die FDP BW? Ziele, Strukturen, Personen, Mitwirkungsmöglichkeiten...) sowie Neumitgliederkongress des Landesverbandes
- Vorschläge für innovative Veranstaltungsformen
- Neugliederung und Stärkung der Arbeit der Landesfachausschüsse und Kommissionen
- regelmäßige Berichte aus den Landesfachausschüssen über das Mitgliedermagazin, Homepage, Newsletter etc.
- verstärkte Einbindung der Vorfeldorganisationen

angenommen     abgelehnt     zurückgezogen     erledigt durch

9

.....

überwiesen an: .....

Abstimmung:    ja            nein            Enthaltung            ungültig

## AUßERORDENTLICHER LANDESPARTEITAG AM 7. MAI 2011 IN STUTTGART

- 1 • Stärkung der Freiwilligenmitarbeit in der Landesgeschäftsstelle (z.B. Mitgliederbetreuung,  
2 Wahlkampfmithilfe, Mitgliederzeitung)  
3 • Bessere Verzahnung zwischen Mandatsträgern auf den verschiedenen Ebenen (Datenbank,  
4 „institutionalisierter“ Informationsaustausch)  
5 • Ausschreibung eines jährlichen Ideenwettbewerbs für Orts- und Kreisverbände  
6 • Regionale Ansprechpartner des Landesvorstandes  
7 • Bessere Nutzung der Kontakte zu Verbänden und Organisationen im Land über FDP-  
8 Mitglieder  
9 • Effizientes Zeitmanagement bei Landesparteitagen, um mehr Raum für inhaltliche Arbeit zu  
10 schaffen  
11 • Zuordnung von Zuständigkeiten im Landesvorstand, bei den stellvertretenden  
12 Landesvorsitzenden und bei den Beisitzern  
13 • Die Themenfindung bzw. -erarbeitung kann durch eine Mitgliederbefragung, aber auch durch  
14 eine Bereisung der Bezirke bzw. Kreise – ähnlich des Prozesses zum Grundsatzprogramm –  
15 geschehen.  
16  
17

18 Begründung:

19  
20 erfolgt mündlich.

angenommen     abgelehnt     zurückgezogen     erledigt durch

10

.....  
 .....

überwiesen an: .....

Abstimmung:    ja            nein            Enthaltung            ungültig

# AUßERORDENTLICHER LANDESPARTEITAG AM 7. MAI 2011 IN STUTT GART

Antrag Nr. 4

**Betr.: Mehr Mitgliederbeteiligungsmöglichkeiten**

**Antragsteller:** Liberale Frauen Baden-Württemberg, Birgit Homburger MdB,  
Junge Liberale Baden-Württemberg

Der Landesparteitag möge beschließen...

Der Landesparteitag beauftragt den Landesvorstand, eine Kommission zur Reform der Mitgliederbeteiligungsinstrumente, insbesondere Mitgliederentscheid und Mitgliederbefragung, einzusetzen. Diese soll bis zum nächsten Landesparteitag einen Beschlussvorschlag vorlegen.

Insbesondere soll ein Mitgliederentscheid über Personalfragen zu innerparteilichen und öffentlichen Wahlen ermöglicht werden.

Begründung:

Im Regierungsprogramm 2011 – 2016 hat die FDP die Stärkung der demokratischen Rechte gefordert, z.B. die in der Landesverfassung vorgesehene Möglichkeit des Volksbegehrens und der Volksabstimmung auszubauen. Es ist daher nur konsequent, dies auch auf die innerparteilichen Wahlen zu übertragen und z.B. auf diese Weise allen Parteimitgliedern die Möglichkeit zu eröffnen, eine Landesvorsitzende bzw. einen Landesvorsitzenden direkt zu wählen.

Grundsatzfragen sind in der Satzung, Verfahrensfragen in einer Geschäftsordnung zu regeln. Deshalb soll der neu gewählte Landesvorstand beauftragt werden, bis zum nächsten ordentlichen Landesparteitag unter Einbeziehung der innerparteilichen Untergliederungen sowie der liberalen Vorfeldorganisationen einen Vorschlag zur Änderung der Satzung sowie der Geschäftsordnung vorzulegen.

angenommen     abgelehnt     zurückgezogen     erledigt durch .....

überwiesen an: .....

Abstimmung:    ja            nein            Enthaltung            ungültig

# AUßERORDENTLICHER LANDESPARTEITAG AM 7. MAI 2011 IN STUTT GART

Antrag Nr. 5

**Betr.:** Kommunal- und Landtagswahlrecht ab 16 jetzt!

**Antragsteller:** Junge Liberale Baden-Württemberg

Der Landesparteitag möge beschließen...

Der demographische Wandel stellt junge und kommende Generationen vor die Herausforderung, sinkenden Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen zu können, von denen Sie in besondere Maß betroffen sind. Gleichzeitig festigt sich seit Längerem ein gefährlicher Trend abnehmender Wahlbeteiligung von Generation zu Generation.

Dabei hängt die Akzeptanz jedes demokratischen Systems mittel- bis langfristig entscheidend von der Integration junger Menschen in politische Prozesse ab. Die geringe Wahlbeteiligung dieser Wählergruppe lässt sich hierbei nicht mit allgemeiner Politikverdrossenheit erklären, sondern liegt vielmehr in der Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Form von Politikvermittlung durch die etablierten Parteien begründet. Diese konzentriert sich momentan verständlicherweise häufig auf den weit größeren und verlässlich an Wahlen teilnehmenden älteren Teil der Bevölkerung.

Die FDP Baden-Württemberg ist davon überzeugt, dass das politische Interesse junger Menschen sich in unserem gegenwärtigen demokratischen System fest verankern kann, wenn diese früher als heute in Verantwortung bei Wahlen und Abstimmungen genommen werden. Daher fordern wir die Grün-Rote Landesregierung auf, entsprechend ihrer Wahlprogramme und Aussagen im Landtagswahlkampf das Wahlalter für das aktive Wahlrecht bei Kommunal- und Landtagswahlen auf 16 Jahre abzusenken.

Begründung:

Erfolgt mündlich

angenommen     abgelehnt     zurückgezogen     erledigt durch .....

überwiesen an: .....

Abstimmung:    ja    nein    Enthaltung    ungültig

# AUßERORDENTLICHER LANDESPARTEITAG AM 7. MAI 2011 IN STUTT GART

Antrag Nr. 6

**Betr.:** Volksentscheide endlich auch auf Bundesebene

**Antragsteller:** Junge Liberale Baden-Württemberg

Der Landesparteitag möge beschließen...

Ein bestimmendes Thema des vergangenen Landtagswahlkampfes war Form und Stil politischer Entscheidungsfindung. So ging es beispielsweise in der Auseinandersetzung um das Infrastrukturprojekte Stuttgart 21 längst nicht mehr nur um das Projekt an sich, sondern auch um das Verhältnis von den Bürgern zu Politik und Entscheidungsträgern.

Die FDP Baden-Württemberg bekennt sich zum System der repräsentativen Demokratie, das die gleichberechtigte Partizipation aller Bürger durch die Teilnahme an Wahlen sicherstellt.

Gleichwohl sehen wir die Notwendigkeit, dieses System um direktdemokratische Elemente zu erweitern, um einerseits durch eine stärkere Einbeziehung der Bürger in konkrete politische Entscheidungen das Verhältnis von Politik und Gesellschaft zu entspannen, andererseits aber auch von Ihnen die Übernahme von Verantwortung für getroffene Entscheidungen einzufordern.

Mehr Mitentscheidungsmöglichkeiten wie Volksentscheide und Volksbegehren erhöhen in einer gefestigten Demokratie zudem auch die Akzeptanz politischer Entscheidungen insgesamt und sind deshalb eine längst überfällige Ergänzung unseres Staatswesens.

Die FDP Baden-Württemberg wird sich daher dafür einsetzen, die Möglichkeit für Volksentscheide und Volksbegehren auf Bundesebene einzuführen und eine entsprechende Initiative zur Verankerung im Grundgesetz anstoßen.

**Begründung:**

Erfolgt mündlich

angenommen     abgelehnt     zurückgezogen     erledigt durch .....

überwiesen an: .....

Abstimmung:    ja            nein            Enthaltung            ungültig

# AUßERORDENTLICHER LANDESPARTEITAG AM 7. MAI 2011 IN STUTT GART

Antrag Nr. 7

**Betr.:** Mitgliederbefragung zur Kernkraftdebatte

**Antragsteller:** Junge Liberale Baden-Württemberg

Der Landesparteitag möge beschließen...

Der notwendige Neuanfang der FDP setzt tiefgreifende Veränderungen der innerparteilichen Struktur voraus. Insbesondere muss die Parteibasis eine stärkere Rolle für die Bestimmung von Ziel und Richtung der FDP spielen. So dürfen zentrale inhaltliche Leitentscheidungen nicht länger aus taktischen Motiven von der Parteiführung gesteuert werden.

In der Debatte um die Zukunft der Kernkraft haben sich in den vergangenen Wochen seit dem Unglück im japanischen Kernkraftwerk Fukushima die Konfliktlinien in allen Parteien verschoben. Widersprüchliche Äußerungen auch innerhalb der Führungsriege der FDP haben dabei die innerparteiliche Diskussion hierüber zusätzlich erschwert.

Um in dieser wichtigen Debatte inhaltliche Akzente setzen zu können, braucht die FDP deshalb einen erneuten internen Meinungsbildungsprozess, an dessen Ende eine von der ganzen Partei vertretene Position steht. Diese Debatte darf deshalb nicht nur von Delegierten auf Parteitag geführt werden, sondern muss ein aktuelles Stimmungsbild aller Mitglieder wiedergeben. Die FDP Baden-Württemberg wird sich deshalb dafür einsetzen, eine bundesweite Mitgliederbefragung zur Zukunft der Kernkraft durchzuführen.

**Begründung:**

Erfolgt mündlich

angenommen     abgelehnt     zurückgezogen     erledigt durch .....

überwiesen an: .....

Abstimmung:    ja            nein            Enthaltung            ungültig

# AUßERORDENTLICHER LANDESPARTEITAG AM 7. MAI 2011 IN STUTT GART

Antrag Nr. 8

**Betr.:** Neue Führungsstruktur der FDP Baden-Württemberg

**Antragsteller:** Kreisverband Böblingen

Der Landesparteitag möge beschließen...

Der Landesvorstand der FDP Baden-Württemberg wird aufgefordert zum Dreikönigsparteitag 2012 eine neue Führungsstruktur der Partei zur Abstimmung zu stellen. Darin müssen für den/die Vorsitzende(n), die Stellvertreter und den/die Parteisekretär(in) Aufgaben und Verantwortungen für den zukünftigen Ergebnisse der FDP in Baden-Württemberg definiert werden. Darüber hinaus ist ein Konzept zu entwickeln und vorzustellen, wie die Arbeit der Landesfachausschüsse z. Bsp. durch Öffnung für Außenstehende oder Zielvorgaben effizienter gestaltet werden kann.

Begründung:

Die jetzige Führungsstruktur führte mit zum extrem schlechten Wahlergebnis 2011 in Baden-Württemberg. Die kollektive Verantwortungslosigkeit der Parteispitze ist begründet in der jetzigen Führungsstruktur. Das Ergebnis wurde durch die fehlende inhaltliche, mediale und örtliche Präsenz der Führung negativ verstärkt. Eine Parteivorsitzende im Nebenberuf und nicht vor Ort (Fraktionsvorsitz in Berlin), Stellvertreter in Baden-Württemberg ohne Aufgabe, kaum vor Ort und gewissermaßen im Hobbymodus (Staatssekretär in Berlin, Abgeordneter in Brüssel, Minister in Stuttgart) können kein guten Ergebnisse erzielen, wenn die Mitbewerber täglich in den Medien erscheinen.

Allerdings setzt eine erfolgreiche Präsenz auch Inhalte voraus. Hier ist eine Überprüfung der Effizienz der Fachausschüsse erforderlich, die ja wohl inhaltliche Vorgaben erarbeiten sollen. Neben der Öffnung nach außen ist die Frage der Zielvorgaben, der Kooperation mit anderen Landesverbänden sowie der Weg zu eigenständigen Veröffentlichungen durch die Fachausschüsse zu erarbeiten.

Gegebenenfalls ist eine externe Beratung zur Gestaltung einer sinnvollen Struktur einzubeziehen.

angenommen     abgelehnt     zurückgezogen     erledigt durch .....

überwiesen an: .....

Abstimmung:    ja    nein    Enthaltung    ungültig

# AUßERORDENTLICHER LANDESPARTEITAG AM 7. MAI 2011 IN STUTT GART

Antrag Nr. 9

**Betr.:**                    **Akzeptanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks verbessern,  
GEZ effizient und nutzernah ausgestalten!**

**Antragsteller:**                    Kreisverband Böblingen

Der Landesparteitag möge beschließen...

Die FDP bekennt sich zur Bestands- und Entwicklungsgarantie, zur Garantie der Staatsferne und Unabhängigkeit und zu einer durch unabhängige Instanzen zu überprüfenden Finanzausstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Wir setzen uns für eine möglichst breite Akzeptanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und seines Finanzierungssystems durch die Bürger ein.

Die geplante Regelung bringt erhebliche Mehrbelastungen für den Mittelstand mit sich, wirft neue datenschutzrechtliche Fragestellungen auf, berücksichtigt den Jugendschutz im Internet unzureichend und setzt Anreize zur Ausweitung von Bürokratie. Deshalb fordert der Landesparteitag die FDP/DVP-Landtagsfraktion auf, dem 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag vorläufig nicht zuzustimmen.

Wir halten die Abschaffung der Gebühreneinzugszentrale (GEZ) im Rahmen des 16. Rundfunkänderungsstaatsvertrags ab 2013 für sachgerecht. Die Entbürokratisierungsrendite aus der Umstellung der Gebühren im kurz vor der Verabschiedung stehenden 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag muss dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und den Gebührenzahlern zu Gute kommen. Gleichzeitig ist die Abkehr vom Geräteprinzip konsequent umzusetzen und alle gewerblichen Fahrzeuge sind von der Haushaltsabgabe freizustellen. Die Haushaltsabgabe ist über die Finanzämter einzuziehen. Dazu bedarf es keines zusätzlichen Personals.

**Begründung:**

Rundfunk und dessen Finanzierung ist Ländersache. Die Ministerpräsidentenkonferenz hat sich aus gutem Grund auf den Systemwechsel hin zu einer Haushalts- und Betriebsstättenabgabe verständigt, die aufkommensneutral ist. Nach Berechnungen des medienpolitischen Sprechers der FDP-Bundestagsfraktion Müller-Sönksen, MdB, bringt die vorgesehene Regelung dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk Mehreinnahmen von 0,8 bis zu 1,7 Mrd. € auf einer Basis von bislang 5,3 Mrd. €. Dies entspräche einer Steigerung von zwischen 15 und 32%. Weder ist dies sachgerecht, noch ist es den Bürgern in Zeiten knapper Haushaltskassen zur vermitteln. Das Mehreinnahmepotenzial muss für die Senkung der Abgabe und die Entlastung der (mittelständischen) Betriebe von der Rundfunkgebühr eingesetzt werden. Die rund 1.700 Stellen bei der GEZ können ersatzlos entfallen.

Die Skandale um die Alimentierung der Sportreporterin Lierhaus in der ARD via Glücksspirale sowie der Kauf der Champions League - Rechte durch das ZDF machen nochmals deutlich, dass Budgetkontrolle sowie eine effiziente Mittelverwendung auch aufgrund nicht hinreichender Definition des Programmauftrags der öffentlich-rechtlichen Anstalten derzeit verbesserungsbedürftig sind.

angenommen     abgelehnt     zurückgezogen     erledigt durch .....

überwiesen an: .....

Abstimmung:    ja            nein            Enthaltung            ungültig

**AUßERORDENTLICHER LANDESPARTEITAG AM  
7. MAI 2011 IN STUTTGART**

angenommen     abgelehnt     zurückgezogen     erledigt durch .....

überwiesen an: .....

Abstimmung:    ja            nein            Enthaltung            ungültig